

Von den Anti-Hartz-Protesten über die Montagsdemos zum 3. Juni 06: Vier Beiträge zu den Sozialprotesten 2002-2006

- die Anfänge (berlin von unten Nr. 3, Dezember 2002)
 - die Montagsdemonstrationen und der 3. Oktober '04 (berlin von unten Nr. 8, Herbst 2004)
 - ein Zwischenstand (berlin von unten Nr. 9, Frühjahr 2005)
 - die Demonstration vom Juni 2006 – zu ihrer Vorgeschichte (berlin von unten Nr. 11, Sommer 2006)
-

Reden, Streiken, demonstrieren? Was tun gegen Hartz!

Seit Ende Oktober gibt es in Berlin ein Anti-Hartz Bündnis aus verschiedenen Gruppen, vor allem aus der Erwerbslosenarbeit und einigen kritischen Gewerkschaftern der Hauptstadt. Etwa 60 Leute treffen sich regelmäßig in einem Plenum und in Arbeitsgruppen. Es ist ihnen gelungen, eine Grundsatzerklärung und mehrere Aktionen zu verabreden (Infos: www.anti-hartz.de). Als Auftakt gab es am 4. Dezember die Veranstaltung und am 5. eine Demo vom Arbeitsamt Kreuzberg nach Neukölln.

Das Audimax der Humboldtuni war am 4. Dezember mit 500 Leuten gut gefüllt. Im ersten Teil gab es vom Podium Information über Hartz und den Widerstand dagegen. Nach der Einleitung durch Renate Hürtgen vom Bündnis stellte Michael Heinrich (Redaktion Prokla) die Marktgläubigkeit als die ideologische Grundlinie des Hartzkonzeptes vor. Auf die Folgen der neuen Anrechnungsregelungen bei Einkommen und Vermögen und die zwangsweise Leiharbeit ging Christa Sonnenfeld ein (Frankfurter Arbeitslosenzentrum FALZ). So waren die Freibeträge erst vor drei Jahren die Freibeträge, u.a. wegen der Riesterrente, erhöht worden. Dieser Schritt ist jetzt praktisch rückgängig gemacht und inzwischen angemeldetes Eigentum wird zum Anlass für Leistungsentzug. Der langjährige Vorsitzende der IG Medien Detlev Hensche erhielt für seine rhetorisch klare und kämpferische Rede viel Beifall. Einige Zwischenrufer kritisierten aber auch seinen Reformismus. Er wies darauf hin, daß die "Ich- AG´s" einen Hebel an das gesamte System des Arbeitsrechts setzen, indem sie den Status von abhängig Beschäftigten auflösen. Mag Wompel (labournet.de) sprach über die besonderen Folgen der Hartzpläne für Frauen zu sprechen. Diese zielen auf eine massive Verdrängung der Frauen vom (verbliebenen) normalen Arbeitsmarkt mit allen Folgen: Schon jetzt beziehen 85 Prozent der älteren Frauen eine Altersrente von weniger als 600 Euro. Interessenten für eine bundesweite Vernetzung der Anti- Hartz- Proteste sollen sich beim [labournet](http://labournet.de) melden, es geht um die Vorbereitung gemeinsamer Aktionen.

Hans Köbrich berichtete über die Vorgeschichte der Anti- Hartz- Entschließung der Berliner IG Metall, die wir in diesem Heft dokumentieren. Die Schizophrenie des IG Metall Vorstandes besteht darin, an allen Einzelpunkten Kritik zu üben, aber das Gesamtpaket gut zu finden. Es ist klar, daß Resolutionen nicht ausreichte. Da das In-Kraft- Treten der Gesetze wird nicht mehr zu verhindern sein wird, beginnt die schwierige, aber alternativlose Arbeit, die Kollegen in den neuen unsicheren Beschäftigungsverhältnissen zu organisieren. Abschließend stellte Hinrich Garms die Arbeit des einladenden Anti- Hartz- Bündnisses vor.

Leider nutzte in der anschließenden Diskussion mehr als Eine(r) das Mikro für sein

Steckenpferd oder "Revolutionsgymnastik"- wie Richard Müller das mal genannt hat. Anwesend waren auch eine ganze Reihe von Gewerkschaftskollegen, mehr als sonst auf Veranstaltung der Erwerbslosenbewegung, die sich aber leider nicht zu Wort meldeten. Der Abend war insgesamt ein guter Anfang zur Zusammenarbeit, vielleicht nicht mehr, aber bestimmt nicht weniger. Zur Demonstration am nächsten Tag kamen 300 bis 400 Menschen zusammen, die im Winterdunkel von Kreuzberg nach Neukölln zogen. Am 19. und 20.12. finden die nächsten Aktionen statt, unter anderem ein Besuch beim Sozialamt Neukölln.

-

Erstveröffentlichung: bvü 3, Dezember 2002

Hartz IV kommt - aber ob es bleibt, entscheiden wir

"Die Demonstranten gehen, Hartz IV kommt." Mit dieser schöpferischen Anspielung auf das bekannte Jonny-Walker Werbemotto formulierte die Süddeutsche Zeitung bereits Mitte des Monats mit deutlicher Genugtuung die sich abzeichnende Entwicklung der Proteste. In der Tat: Mit der Demonstration vom 2. Oktober haben sich die breiten Proteste erst einmal erschöpft.

Schauen wir zurück: Ab dem 19. Juli verschickte die Bundesagentur für Arbeit die Formulare für das ALG II, Ende Juli begannen in mehreren ostdeutschen Städten unabhängig voneinander Initiativen für "Montagsdemonstrationen" gegen Hartz IV. Damit wurde aus der weit verbreiteten Angst vor der Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und der Empörung über immer neue Zumutungen für die abhängig Beschäftigten und Erwerbslosen endlich öffentlicher Protest.

Mit der Demonstration in Berlin und Ansätzen in einigen westdeutschen Städten startete der Versuch linker Gruppen, das regional erfolgreiche Protestmodell zu verallgemeinern. Es gelang nur in der Hauptstadt, wo im Zuge der "Wiedervereinigung" der Westen an den Osten angeschlossen worden war. Unberührt vom politischen Konflikt unter den Organisatoren zogen am 16. August Linksradikale und Kreuzberger Ureinwohner gemeinsam mit gesitteten Mitbürgern aus allen Himmelsrichtungen und einigen ehemaligen DDR-Oppositionellen zur SPD-Zentrale. Noch nie wurden so viele Damenhandtaschen auf einer Demo gesehen.

Da drehte sich schon der Wind. Die Regierung machte klar, daß sie nicht im Traume an eine Änderung der Hartz-IV-Gesetze denkt. Und die Gewerkschaftszentralen gaben ihren regionalen Gliederungen grünes Licht für Proteste – und erteilten damit gleichzeitig einer bundesweiten Mobilisierung eine beiläufige Absage. Nur dort, wo es lokalen Druck gibt, wird unterstützt: das heißt aber, die Bewegung würde auf den Osten beschränkt bleiben. Einzelinitiativen hier und da ändern an der Sache nichts. Deshalb traf der Vorschlag einer bundesweiten Demo am 2. Oktober auf breite Zustimmung: es schien der einzige Weg zu sein, wenigstens für einen Tag den Westen der Republik mit in die Bewegung hinein zu bekommen. Der Termin entstand aus einem Dilemma: er sollte so nah wie möglich sein, damit die ostdeutschen Demos bis dahin durchhalten – und so fern wie möglich, damit Unterstützung aus Altgermanien mobilisiert werden kann.

Die Gründe für das Entstehen der heutigen Bewegung im Osten sind die gleichen, die eine Verallgemeinerung ausschließen. Auf dem Gebiet der vormaligen DDR hat sich

eine, vom Westen abhängige Ökonomie etabliert. Das Bewußtsein von dieser Abhängigkeit setzt jedem breiten Protest sehr pragmatische Grenzen. Schon Anfang September gab es daher eine ganze Reihe von offenen Fragen, denn die Wochen der großen Sprüche von Kanzlersturz und "breiter Volksbewegung" waren vorbei: Warum nehmen die Teilnehmerzahlen der Demonstrationen ab? Wie ist die Lage der Proteste vor Ort in der 6ten, 7ten, teils 8ten Woche? Warum gelingt es den Neonazis, sich auf Demos zu halten? Wo sind Verbündete zu finden? Wie sind die Chancen für eine Mobilisierung im Westen? Was können wir mit den Gewerkschaften erreichen, die die Kollegen selbst in unmittelbar betroffenen Bereichen nur noch zum geordneten Rückzug zusammenbringen? Was machen wir mit der großen Spaltung, daß nämlich die Arbeitslosen demonstrieren können, bis Ihnen die Beine abfallen – während die Beschäftigten zusehen, wie sie die wöchentliche Maloche hinter sich bringen? Es ging - und es geht - um den Inhalt der Proteste, und nicht darum, wer am lautesten oder am schnellsten ist. Solidarität ist eben nicht selbstverständlich, schon gar nicht unter den Betroffenen von Arbeitszwang und Sozialkürzung.

Mehr noch: Wenn die Protestbewegung gegen HartzIV im Osten auch nicht gewinnen konnte, so konnte sie doch im Osten verloren gehen. Denn in der atomisierten sozialen und politischen Landschaft der fünf neuen Länder sind neofaschistische Gruppen längst zivilgesellschaftlich verankert. In einzelnen Orten haben Neonazis die Proteste übernehmen können und am Ende blieb den gutwilligen Veranstaltern nur die Resignation, um ihnen die öffentliche Bühne zu entziehen, zum Beispiel in Freital bei Dresden. Der dann folgende Wahlerfolg der neofaschistischen Parteien wird zwar das politische System dieser Bundesrepublik nicht erschüttern. Aber die Positionen der Neonazis sind dadurch befestigt worden, auf Jahre hinaus.

Die Theorie der Regierungsparteien steht schon fest: die Anti-Hartz-Proteste haben einen Populismus befördert, der nun den Rechten den Weg bereitet hat. Tatsächlich steht der Wahlerfolg von NPD und DVU aber am Ende der erfolglosen Proteste. Kaum einer glaubte mehr, Hartz IV sei zu verhindern. Nicht Demonstranten, mehrheitlich eher links orientiert, gaben den Neonazis die Stimmen. Es waren vielmehr Beobachter der erfolglosen Demonstrationen, die eine ganz bestimmte Sorte von Protest gewählt haben. Gerade angesichts der rechten Gefahren braucht es neue Strategien, wenn wir mehr wollen als uns nur gegenseitig zu bestärken.

Wie stark der Protest wirklich war, zeigte der 2. Oktober. Auch unter dem öffentlichen Druck von Regierung, Presse und Unternehmen, ohne Bündnispartner auf nationaler Ebene - und trotz der Ermüdung und Perspektivlosigkeit haben sich die Demonstrationen über zwei Monate gehalten. Die Demonstranten zeigten eine Betroffenheit und eine Empörung, die sich nicht einfach wieder zusammenfallen und wegpacken läßt. Die beflügelnde Hoffnung machte dem trotzigen Glauben an die eigene, gerechte Sache Platz. Wer das demonstrieren wollte, kam am 2. Oktober nach Berlin. Ohne große Resonanz im Westen fanden sich doch 50.000 Menschen ein. Keine Niederlage, kein Sieg. Was nun?

Die richtige Richtlinie, die alle diese Fragen korrekt beantwortet, hat keine der aufrufenden Gruppen und keiner der Demonstranten in der Schublade oder auf den Lippen. Es ist nicht angenehm, das zuzugeben. Die Versuchung war daher groß, die Widerstände einfach zu ignorieren und die Flucht nach vorn anzutreten. Dies ist die alte SED- Strategie (und Strategie anderer führender Parteien), die "unseren" Menschen die Fragen und Widersprüche nicht zumuten will, die einfache, "klare" Lösungen anbietet, weil die realen Probleme für die "einfachen" Menschen zu

kompliziert sind und uns arme Dummköpfe nur verwirren können. Es gibt aber auch den anderen Weg, der die unausweichlichen politischen Konflikte, die unterschiedlichen, auch falschen Antworten, die gegensätzlichen, auch gefährlichen Positionen, die auf der Straße, hier unter uns anzutreffen sind, nicht wegredet oder ignoriert.

Nicht in einem stalinistischen Geschichtsfahrplan irgendwelcher "Marxisten-Leninisten" sind historisch notwendig die nächsten Schritte vorgeschrieben, so daß wir nur noch brav folgen müssen. Im Gegenteil: Es reicht nicht, mehr oder weniger richtige Forderungen an "die da oben" zu richten. Die erste Forderung geht an uns selbst: die Bildung handlungsfähiger Gruppen, in denen die Einzelnen nicht eingereiht werden, sondern zusammenarbeiten können. Es geht um politische und soziale Organisationen, in denen die Erfahrungen ermüdender Konkurrenz und alltäglichen Klassenkampfes verarbeitet werden können. Nur mit denen ist dann auch den Nazis zu begegnen.

Solche Organisationen können nur bestehen, wo es gemeinsame politische Ziele gibt, die der Schärfe der Konflikte angemessen sind. Im Märchen heißt es, wer mit dem Teufel essen will, muß einen langen Löffel haben. Wenn wir die Vorstellung vom "Teufel" als ein Bild für sehr irdische Mächte auffassen, läßt sich dieser Hinweis auf unsere Verhältnisse anwenden: So lange Löffel, daß sich mit ihnen gefahrlos am Tisch des Kapitals speisen ließe, haben die Reformpolitiker aller Richtungen noch nicht erfunden.

»Wenn du sowohl den Feind als auch dich selbst kennst, kannst du ohne Gefahr hundert Kämpfe ausfechten. Wenn du nicht den Feind und nur dich selbst kennst, kannst du siegen oder geschlagen werden. Wenn du sowohl den Feind als auch dich selbst nicht kennst, wirst du in jedem Kampf eine Niederlage erleiden.«

(Sun Zi: Über die Kriegskunst)

-

Erstveröffentlichung: bvü 8, Herbst 2004

Diskussion Perspektiven für Sisyphos

1. Auf welche Entwicklung in den Betrieben und Ämtern reagierte die soziale Bewegung gegen Hartz IV und gegen welche Widerstände hatte sie zu kämpfen?

Es gab im letzten Jahr eine Reihe von Protesten und Widerstand gegen Sozial- und Lohnraub und die Verlängerung der Arbeitszeit in einzelnen Bereichen, die nicht von oben, von Gewerkschaften oder führenden Parteien angeleitet und organisiert wurden. Damit hat sich eine Tendenz fortgesetzt, die schon 2003 (Ost-Metaller-Streik!) erkennbar war: Immer mehr Menschen, abhängig Beschäftigte und Erwerbslose erwerben in ihrem Alltagsumfeld Konflikterfahrungen und Erfahrungen der Selbstorganisation. Die Rolle der traditionellen Organisationen, von der eingespielten linken Kleingruppe bis zur gewerkschaftlichen Gliederung, verändert sich dadurch. Regional gibt es neue Gruppen und Zusammenhänge, auch mit neuen Leuten. An keiner Stelle aber war es möglich, durch einen tatsächlichen, materiellen Erfolg diese Erfahrungen zu bestätigen und damit für andere Gruppen anschlussfähig ("vorbildlich") zu machen. Auch wenn noch so "normale" Leute sich jetzt an vielen Stellen in den

Protesten engagieren, normal ist Protest noch lange nicht. Normal ist immer noch das Durchwursteln. Die neoliberale "Der Wettbewerb ist das Maß aller Dinge"-Hegemonie ist ungebrochen, die SPD stabilisiert sich als kleineres Übel. Sie hat nebenbei die erste allgemeine Verunsicherung durch die Gründung der Wahlalternative überstanden. Für die Aktivistinnen und Aktivisten der letzten Jahre steht eine Konsolidierung an, es geht um belastbare ("nachhaltige") Kommunikations- und Organisationsstrukturen.

Es geht heute nicht in erster Linie um die gern zitierten "positiven" Ziele der Proteste: die gemeinsame Ablehnung der herrschenden Politik reicht - und das ist neu! - bisher als gemeinsame Basis für die Verständigung aus. Denn es ist den Linken im Protest gelungen, z.B. durch demonstrative Solidarität mit Migrantinnen und Migranten eine Grenze nach Rechts zu ziehen, die auch auf den verbliebenen Montagsdemonstrationen im tiefen Osten realisiert wird. Die Wahlerfolge von NPD und DVU repräsentieren gerade nicht das - allerdings sehr diffuse - Spektrum der Anti-Hartz-Demonstranten, sondern die etablierte rechte Szene mit ihrer Wirkung auf die Zuschauer am Rande. Trotzdem ist der Aufschwung der rechtsradikalen Parteien nicht verarbeitet. Um ihnen entgegen zu treten, braucht es politische Positionen, die über die Verteidigung des status quo hinausgehen.

2. Wie stellte sich das in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen dar?

Und unser Alltag? In meinem Umfeld - mehr oder weniger "feste Freie" im Bereich Publizistik und Gedenkstättenarbeit - nimmt der Druck auf die Leute zu, da Hartz IV bei einigen mit merklichen Einbußen einhergeht. Das muß nicht zu einer Entsolidarisierung führen. Aber man ist mehr mit der Organisation des Überlebens (Ämter, Projekte erfinden usw.) beschäftigt. In der politischen Arbeit im Haus der Demokratie gilt ähnliches: die öffentlichen Töpfe werden immer unzugänglicher, viele Nischen der letzten Jahre werden zugemauert. Positiv ist hier die Aktivität und Verbindlichkeit der Berliner Anti-Hartz-Protestler um das Koordinierungsbüro. Aufgrund der positiven Erfahrungen aus der ostdeutschen Provinz hat sich hier ein interventions- und netzwerkfähiger Arbeitszusammenhang entwickelt.

3. Worin bestehen die Schwächen der Bewegungen, speziell natürlich der Anti-Hartz IV-Bewegung?

An keiner Stelle sind bisher innerhalb der Bewegungen Forderungen wirksam geworden, die auf eine gesellschaftliche Kontrolle der Wirtschaft durch die arbeitende Klasse zielen. Damit bewegt sich der Forderungskatalog im Dualismus zwischen "Sozialleistungen verteidigen - jenseits des Arbeitslebens" - oder "Arbeitsplätze verlangen/verteidigen". Eine Verbindung beider Seiten der Medaille gibt es nicht. Protest findet in der Regel da statt, wo das Risiko geringer ist: Fern vom Arbeitsplatz. Damit stehen sich die Aktivisten in den Betrieben/Verwaltungen/Einrichtungen und die Straßenprotestler weiterhin ziemlich fremd gegenüber.

4. Was waren herausragende und motivierende Erlebnisse in dieser ganzen Zeit, was zukunftsfähige Elemente und Entwicklungen in diesen sozialen Auseinandersetzungen, auf denen wir aufbauen können?

"Zukunftsfähig" ist aus meiner Sicht, daß ziemlich viele Leute trotz der fehlenden Erfolge - genauer gesagt, trotz der vielfältigen Niederlagen - nicht einfach resignieren, sondern mit einem gewissen Trotz an ihren Bedürfnissen und ihrem Gegensatz zum "Gang der Dinge" festhalten. Anders als in den letzten Jahren haben wir damit vielleicht tatsächlich mal die Zeit und Konzentration, über weitergehende Alternativen

zu diskutieren.

-

Erstveröffentlichung: bvü 9, Frühjahr 2005

Prekäre Avantgarde

Was lange gärt, wird endlich Wut - so lautet eine der vielen Beruhigungsformeln der linken Folklore. Leider stimmt das aber nicht. Es stimmt auch nicht für die Proteste gegen Hartz IV. Zwar gab es in den Jahren 2003 und 2004 so zahlreiche Aktionen und Demonstrationen, daß der rot-grünen Bundesregierung ihre Basis verloren ging. Doch mit dem Bundestagswahlkampf im letzten Jahr begann eine große Pause im außerparlamentarischen Protest. Hoffnungen auf die neue Linksfraktion und - vor allem - die Schwächung der unabhängigen Protestbewegungen durch die Abwanderung mancher Aktivisten in Parteibildungs- und Fusionsprozesse der Linksparteien machten sich bemerkbar.

In weiser Voraussicht hatten sich zwei Monate nach der Bundestagswahl in Frankfurt am Main im November 2005 allerlei Linke aus großen und kleinen Organisationen zu einer Aktions- und Strategiekonferenz getroffen. Zu den wenigen verabredeten Aktionen gehörten "eine oder mehrere Großdemonstration(en) gegen den Sozialabbau der großen Koalition", die für das Frühjahr 2006 in Aussicht genommen wurden. Doch schon während der Bolkesteinproteste im Februar war die Zurückhaltung der Gewerkschaften zu merken: Kritik an Brüssel? Gerne! - Aber die große Koalition im eigenen Land ist doch gar nicht so schlimm. Die landesweiten Streiks im öffentlichen Dienst wurden von ver.di wie eine normale, wenn auch besonders konfliktreiche Tarifrunde behandelt. Öffentliche Mobilisierungen über den Kreis der eigenen Mitglieder hinaus planten die Kollegen gar nicht erst ein. Die Bundesregierung organisierte derweil die ersten Kürzungen bei Hartz IV. Selbst der ALG II-Regelsatz wurde für die unter 25jährigen gesenkt - doch der Aufschrei blieb aus. Inzwischen hat sich das gesellschaftliche Klima so weit gedreht, daß einige Wohlfahrtsverbände und die Kommunen zur allgemeinen Senkung des ALG II aufrufen.

Nur wenige linksradikale Gruppen, die überlebenden Netzwerke der Montagsdemonstranten wie das Aktionsbündnis, die Reste der Anti-Hartz-Proteste und auch einige Aktivisten von WASG und Linkspartei versuchten unbeirrt, den Skandal "Hartz IV" in der öffentlichen Diskussion zu halten. Und es war klar: nur über eine große gemeinsame Aktion kann die Vereinzelung der Betroffenen aufgebrochen werden. Wer die Solidarität der Leute nicht nur wünschen, sondern auch ermöglichen will, der muß sie erst einmal zusammenbringen. Als endlich im Vorbereitungskreis die Entscheidung für eine gemeinsame Demonstration fiel, war aber völlig unklar, wer sich an der Organisation beteiligen, wer die Demo unterstützen würde. Erst als die Mobilisierung anlief, kamen auch Teile der "Großorganisationen", der Gewerkschaften und die Linksparteien mit ins Boot. Trotzdem sucht man auf den Internetseiten von ver.di vergeblich nach einem Hinweis auf die Demonstration. Die Gewerkschaft finanziert vielfach Busse, die nach Berlin fahren, aber eine Mobilisierung sieht anders aus.

Kein Hinweis darauf, daß die Arbeitszeitverlängerung im öffentlichen Dienst und Hartz IV zusammenhängen. Intern, gerade auch im linken Teil des Apparates, werden die Forderungen des Demonstrationsaufrufes als völlig überzogen bezeichnet. 10 Euro

Mindestlohn - wo kämen wir da hin? Ein repressionsfreies Grundeinkommen - wie sollen hart arbeitende Beschäftigte das verstehen? Und Arbeitszeitverkürzung sei ja nun gänzlich utopisch - niemand könne das umsetzen.

Widersprüchlich sind auch andere Reaktionen. Die Bundesorganisation der WASG hätte den Termin zum Beispiel gern vergessen, nur die renitenten Berliner werben auf ihrer Internet-Seite für den Protest. Spiegelverkehrt sieht es in der Linkspartei.PDS aus. Sie formulierte auf der Bundesebene einen eigenen Aufruf für etwas bescheidenere Forderungen, etwa einen Mindestlohn von 8 Euro. Dagegen versucht der Berliner Landesverband die Veranstaltung möglichst zu ignorieren, da auf Beifall für die Senatspolitik nicht zu rechnen ist.

So ist das realpolitisch Unwahrscheinliche doch eingetreten: Die schwachen Netzwerke aus radikalen Linken und Sozialprotestlern haben eine führende Rolle übernommen und wirken in die großen Organisationen hinein. Wir stützen uns dabei nicht auf große Ressourcen. Wir stützen uns auf unsere eigene Kraft und hatten in drei Punkten einfach Recht: Es gibt keine friedliche Koexistenz mit der Regierung. Der verbreitete Unmut ist nicht verschwunden, braucht aber sichtbare Anknüpfungspunkte. Und schließlich können wir als der momentan "entschiedenste, immer weiter treibende Teil" die anderen Organisationsformen nicht ersetzen.

Die Position des Sozialprotestes als Avantgarde ist in vieler Hinsicht prekär: sozial, organisatorisch und was die unsicheren politischen Perspektiven betrifft. Nur Jammern und Warten auf die anderen hilft auch nicht. Ein anderer Satz aus der linken Folklore stammt von Erich Kästner und lautet: "Es gibt nichts Gutes, außer man tut es." Auch wenn der Reim etwas gezwungen ist: Dieser Satz stimmt.

-

Erstveröffentlichung: bvU Nr. 11 – die letzte, provisorische Ausgabe zur Demo am 3. Juni 2006
